

-

1 **Beschluss des Kreisverbandsausschusses der CDU**
2 **Nordfriesland vom 23. Januar 2017**

3

4 **Freiheit. Sicherheit. Wohlstand.**

5

6 **Bredstedter Erklärung der CDU Nordfriesland**

7

8

9 Die CDU Nordfriesland fordert:

10

11 Die Chancen für den Einzelnen und die Gesellschaft, die durch erfolgreiche Integration
12 entstehen sowie durch Offenheit und Toleranz geschaffen werden, sind als Schlüsselfaktor
13 im Kontext der Zuwanderung zu sehen.

14

15 Hingegen wird es mit der CDU keine unkontrollierte Zuwanderung nach Deutschland und in
16 die EU geben.

17

18 Die CDU setzt sich für eine effektive Kontrolle der Außengrenzen der
19 Europäischen Union einsetzen. Hierfür sind ausreichende finanzielle und personelle
20 Mittel bereitzustellen.

21 Das Schlepperwesen ist mit allen Mitteln zu bekämpfen. Die internationale
22 Zusammenarbeit der Strafverfolgungs- und Sicherheitsbehörden ist unter anderem
23 hierfür zu intensivieren.

24 Es muss die Möglichkeit eines effektiven, nationalen Grenzschutzes geschaffen
25 werden, sofern der Schutz der EU-Außengrenzen versagt. Dies wird aus der
26 Selbstverständlichkeit der Schutzpflicht des Staates gegenüber seinen Bürgern
27 abgeleitet.

28 Flüchtlinge müssen ausnahmslos behördlich registriert werden. Ein vorsätzlicher
29 Entzug vor Registrierungsmaßnahmen muss die Ausweisung zur Folge haben.

30 Die Abschiebung von Flüchtlingen ohne Bleibeperspektive muss zügig und
31 konsequent vollzogen werden.

32 Die CDU setzt sich für eine Ausweitung der sicheren Herkunftsländer sowie eine
33 entsprechende Entwicklungspolitik und Entwicklungshilfe der Bundesregierung zur
34 Bekämpfung der Fluchtursachen ein.

35

-

36 Integration ist eine Bringschuld die Zuwanderer und die aufnehmende Gesellschaft
37 gleichermaßen erbringen müssen, dies muss die CDU nach innen und außen ehrlich
38 kommunizieren. Das Prinzip „Fördern und Fordern“ muss gelten.

39

40 Eine Ausweitung der sogenannten „Doppelten Staatsbürgerschaft“ wird strikt
41 abgelehnt. Aktuelle Regelungen sind ausreichend.

42 Einführung eines Verschleierungsverbots an öffentlichen Plätzen nach französischem
43 und belgischem Vorbild.

44 Schnellere und einfachere Ausweisung straffällig gewordener Flüchtlinge. Kommunen
45 müssen hierbei vom Land unterstützt werden.

46 Null-Toleranz gegenüber rechtem und linkem Extremismus sowie allen intoleranten
47 Formen des Islamismus, insbesondere des politischen.

48

49 Die CDU setzt sich für eine stärkere Förderung von Ehe und Familie als Grundlage unserer
50 Gesellschaft ein.

51

52 Familie ist überall dort, wo Eltern für Kinder und Kinder für Eltern Verantwortung
53 tragen. -

54 Das Wohl eines Kindes hat für die CDU oberste Priorität.

55 Alle die Verantwortung für Kinder übernehmen verdienen unseren Respekt und
56 unsere Anerkennung und müssen ausreichend und gerecht unterstützt werden. —

57 Ein einfacheres Steuersystem muss alle Familienformen mit Kindern spürbar
58 entlasten. Das bisherige Konzept des Ehegattensplittings ist durch ein modernes
59 Familiensplitting zu ersetzen. Steuerliche Vorteile, wie zum Beispiel
60 Kinderfreibeträge, Entlastungsbeträge für Alleinerziehende und Abzugsmöglichkeiten
61 von Aufwendungen, die durch Kinderbetreuung entstehen sind wichtige und nötige
62 Bausteine des Familiensplittings und müssen erweitert werden.

63 Die CDU strebt eine familienfreundlichere Arbeitswelt an. Die Vereinbarkeit von
64 Familie und Beruf sowie auch anderem gesellschaftlichen Engagement muss
65 zwingend erleichtert und gefördert werden.

66 Altersarmut muss durch realistische und verantwortungsbewusste Rentenpolitik
67 verhindert werden. Das deutsche Rentensystem muss nachhaltig umgebaut werden,
68 um langfristig erhalten zu bleiben.

69

-

70 Die CDU setzt sich für eine konsequente Verbrechensbekämpfung und Strafverfolgung ein.

71

72 Hierfür muss eine hochwertige Ausbildung der Polizisten gewährleistet werden.

73 Polizei und Justiz müssen materiell wie personell wieder optimal ausgestattet
74 werden. Dies gilt nicht nur für Polizeibeamte, Richterschaft und Staatsanwaltschaft,
75 sondern auch die Mitarbeiter der Verwaltung.

76 Rechtsfreie Räume darf es auf dem Boden der Bundesrepublik Deutschland nicht
77 geben.

78 Der Opferschutz ist höher zu werten als der Täterschutz.

79 Geltendes Strafrecht ist konsequent umzusetzen.

80

81 Die CDU setzt sich für die konsequente Sicherstellung der Freiheit für Forschung, Lehre und
82 Bildung einsetzten. Auch ist zu diskutieren, ob die Bildungshoheit der Länder noch zeitgemäß
83 ist. -

84

85 Die CDU muss die Rolle der Bundeswehr neu definieren. Dies gilt sowohl im nationalen als
86 auch internationalen Kontext zu sehen.

87 Eine angemessene Ausrüstung sowie der politische Rückhalt für unsere Truppe sind
88 unerlässlich.

89 Deutschland muss seinen bisherigen Weg in der realistischen Außenpolitik mit
90 Augenmaß unter unserer Bundeskanzlerin fortsetzen.

91 Angesichts der globalen Entwicklungen ist über ein gesamteuropäisches
92 Sicherheitskonzept nachzudenken. Es ist zu prüfen, inwieweit eine europäische
93 Armee angesichts nationalverfassungstechnischer Hoheiten möglich und umsetzbar
94 ist.

95

96 Die CDU bekennt sich zur sozialen Marktwirtschaft im Sinne Ludwig Erhards – sie hat sich
97 bewährt.

98

99 Bei allem muss die Prämisse gelten: Die Wirtschaft dient dem Wohle des Volkes, und
100 nicht das Volk dient der Wirtschaft.

101 Für die CDU sind die globalen Märkte unerlässlich. Freihandelsabkommen und deren
102 Entstehungsprozesse sind konstruktiv zu unterstützen und zu begleiten.

-
- 103 Die CDU Nordfriesland unterstützt das Freihandelsabkommen CETA und die weiteren
104 Verhandlungen zu TTIP.
- 105 Führung in der Wirtschaft muss mit Verantwortung einhergehen.
- 106 In der Verantwortung für kommende Generationen, ist am Spar- und
107 Konsolidierungskurs des Bundesfinanzministers festzuhalten.
- 108 Die CDU muss, vor dem Hintergrund des demografischen Wandels und der
109 Verantwortung gegenüber kommender Generationen, eine grundlegende Reform
110 des deutschen Sozialversicherungssystems entwickeln.
- 111
- 112 Der europäische Einigungsprozess darf nicht als Einbahnstraße begriffen werden.
- 113
- 114 Europa muss gestärkt werden. Ohne ein vereintes Europa drohen einzelne Staaten an
115 Bedeutung zu verlieren. Weitsichtiger Realismus ist angebracht.
- 116 Die nationale Souveränität der Mitgliedsstaaten gilt es zu achten.
- 117 Europäische Institutionalisierung und Bürokratie dürfen nicht als Selbstzweck
118 erachtet werden, sondern müssen stets dem Interesse und Wohle der
119 Nationalstaaten dienen.
- 120 Die Europäische Union mit ihren 28 Mitgliedsstaaten braucht jetzt Zeit zur
121 Konsolidierung, deshalb sollten vorerst keine weiteren Mitgliedsstaaten
122 aufgenommen werden.
- 123 Ein Beitritt der Türkei in die EU wird strikt abgelehnt.